

Polizisten-Leasing kommt zu spät

Zwei Polizeien Gemeinde- und Kantonspolizisten haben ein Abgrenzungsproblem

Seit der Kanton Polizeileistungen in Rechnung stellt, fusionieren die Gemeinden ihre Polizeien. Den Kantonspolizeikommandanten freut dieser Trend nicht. Seine Idee, dass Gemeinden Kantonspolizisten leasen, kommt zwei Jahre zu spät.

PATRICK MOSER

Die Weigerung von sieben Baselbieter Gemeinden, für Einsätze der Kantonspolizei zu bezahlen (bz von gestern), zeigt einen wunden Punkt im kantonalen Sicherheitsgefüge: Die Abgrenzung zwischen Gemeinde- und Kantonspolizei ist unklar. Das führt im Alltag zu Doppelspurigkeiten.

Laut Gesetz ist die Kantonspolizei für die Ahndung schwerer Delikte zuständig, während sich die Gemeindepolizisten um leichtere Vergehen kümmern. In der Praxis ist es jedoch oft schwierig, dies zu unterscheiden. «Der Alltag ist vielfältig und hat manchen Graubereich», sagt Anton Lauber, Gemeindepräsident von Allschwil und seit elf Jahren Präsident des Baselbieter Polizei-Personalverbandes. In Allschwil sorgen seit einigen Jahren vier Gemeindepolizisten im 24-Stunden-Betrieb für Ruhe und Ordnung.

Rechnungsstellung ist «Blödsinn»

Das Zuständigkeitsproblem dürfte sich mit dem aktuellen Trend zu Fusionen noch verschärfen. Per September werden Reinach, Ettingen und Therwil ihre Gemeindepolizeien zusammenlegen. «Dieser Schritt ist eine Reaktion auf die damalige Ankündigung der Regierung, den Gemeinden künftig eine Rechnung auszustellen», sagt Reinachs Gemeindepräsident Urs Hintermann. Bevor die Regierung die «Spaltung» hervorgerufen habe, sei die Zusammenarbeit zwischen Kanton- und Gemeindepolizei pragmatisch gewesen. «Sich Polizeieinsätze gegenseitig in Rechnung zu stellen, ist Blödsinn», findet Hintermann.

Auch Daniel Blumer, seit rund einem Jahr Kommandant der Kantonspolizei, ist unglücklich über die aktuelle Entwicklung: «Wenn es zu weite-



ABGRENZUNG Die Reinacher Gemeindepolizei bei einer Verkehrskontrolle: Im Alltag ist bei einer Meldung oft nicht von vornherein klar, ob die Gemeinde- oder die Kantonspolizei ausrücken MUSS. ARCHIV HEINZ DÜRENERBERGER

ren Fusionen von Gemeindepolizeien kommt, entsteht eine Organisation, die parallel zur Kantonspolizei grosse Gebiete abdeckt. Das kann zusätzliche Konflikte und Leerläufe geben.»

Blumer hätte eine bessere Idee gehabt: Das «St. Galler Modell», bei dem Gemeinden Kantonspolizisten leasen. Umgemünzt aufs Baselbiet hätte das so funktioniert: Eine Gemeinde bestellt eine vertraglich vereinbarte Anzahl Polizisten. Dann wird dem Landrat eine Vorlage unterbreitet, um den Personalbestand der Kantonspolizei gemäss der Bestellung zu erhöhen.

Der Vorteil dieses Modells: Die Gemeinde hat «ihre» Kantonspolizisten als feste Ansprechpartner, denen sie im gemeindepolizeilichen Bereich direkt Weisungen erteilen kann. Damit kommt sie billiger weg als mit einem eigenen Polizeiparlat. In grösseren Gemeinden mit eigenen Polizisten

würden Gemeinde- und Kantonspolizisten in einer gemeinsamen Gruppe zusammengeführt. «In St. Gallen hat das selbst mit grösseren Gemeindepolizeien wie in Rapperswil oder Wil auf rein freiwilliger Basis geklappt. Das Modell ist offenbar eine Win-win-Situation», sagt Blumer.

Grosse emotionale Widerstände

Doch das Baselbiet ist nicht St. Gallen, wo die Gemeinden dem Kanton seit langem Sockelbeiträge für sicherheitspolitische Aufgaben entrichten. Blumer wollte einige Gemeinden für Pilotprojekte gewinnen, hat dabei aber «grosse emotionale Widerstände» gespürt, weshalb er das Modell vorerst für nicht realisierbar hält.

Für Reinachs Gemeindepräsident Hintermann kommt Blumers Idee zwar zu spät; er hält sie aber für interessant: «Wäre der Vorschlag vor zwei

Jahren gekommen, wären wir wohl äusserst interessiert gewesen.» Derzeit sei der Zug abgefahren, aber man könne «später einmal» darauf zurückkommen. Allschwils Präsident Lauber sieht es ähnlich: «Wir müssten ein funktionierendes System aufgeben. Aber für Win-win-Situationen sind wir grundsätzlich diskussionsbereit.»

Ein Lichtblick für Polizeikommandant Blumer ist der in Reinach geplante gemeinsame Posten für Gemeinde- und Kantonspolizei: «Das ist ein guter erster Schritt. Ich bin überzeugt, dass die eine oder andere Gemeinde aufgrund der Lageentwicklung in den nächsten Jahren unter Druck kommt», so Blumer. Hintermann wagt keine Prognose zur weiteren Entwicklung. Der gemeinsame Posten werde derzeit ernsthaft geprüft. Eine wichtige Rolle beim Entscheid spiele sicher die Kostenfrage.

Eine Polizei muss genügen



PATRICK MOSER

Im Gleichschritt mit der gesellschaftlichen Entwicklung vergrössert sich der Aufgabenbereich der Polizei.

Dieses Sammelsurium an Aufgaben birgt eine Komplexität: Von der Notrufzentrale aus ist es oft unmöglich, die Tragweite einer Meldung abzuschätzen: Der zu laut bellende Hund kann sich zum Fall häuslicher Gewalt mausern, die Schreie im Nachbarhaus können auch Emotionen eines fussballverrückten Sofa-Sportlers sein. Genau aus diesem Grund dürfte es unter den Ordnungshütern keinen Unterschied geben. Den gibt es aber: Für Hund und Fan-Gebrüll ist die Gemeinde – also der zuständige Gemeinderat oder der Gemeindepolizist – zuständig, für die gravierenden Fälle die Profis von der Kantonspolizei. Der Grund für den Unterschied: Um sich Gemeindepolizist zu nennen, braucht es keine polizeiliche Ausbildung. Dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung dürfte es jedoch kaum zuträglich sein, wenn der am Tatort angekommene Polizist feststellt, dass er der falsche Mann ist und auf die Ankunft des nächsten vertröstet. Genauso wenig, wenn sich – wie derzeit der Fall – Gemeinden und Kanton für polizeiliche Leistungen Rechnungen zuschieben. Dabei verwischen die Grenzen in der Realität des Alltags. So haben grosse Gemeinden wie Reinach ehemalige Kantonspolizisten als Gesetzeshüter angestellt. Und in Allschwil werden bereits heute kurze Verbindungswege vorgelebt: Kanton- und Gemeindepolizisten teilen sich ein Dach. Das Zusammenführen der beiden Polizeigattungen hängt alleine vom politischen Willen ab. Da Synergien Kosten sparen, kann es nicht am Geld liegen. Selbst in Gemeinden, die kürzlich in die eigene Polizei investiert haben, müsste das vom Polizeikommandanten vorgeschlagene «St. Galler-Modell» auf Interesse stossen. Wird dessen Umsetzung von der Polizeidirektion mit Elan vorangetrieben, hätte das Baselbiet bald nur noch eine Polizei – und diese weniger Leerläufe.

patrick.moser@bz-ag.ch